

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

eingebracht am 04.02.2026, 13:21:40

Landtagsabgeordnete(r): LTAvg. Sandra Krautwaschl (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Regierungsmitglied(er): Landesrätin Simone Schmiedtbauer

Betreff:

Verschiebung des Hochwasserschutzes in Graz gefährdet die Sicherheit der Bevölkerung

Die zuständige Abteilung 14 Wasserwirtschaft muss angeblich ein drastisches Sparprogramm bis voraussichtlich 2029 vorlegen, dem Hochwasserschutz-Projekte im gesamten Bundesland zum Opfer fallen könnten. Derzeit werden Gemeinden in der ganzen Steiermark über die Verschiebung bereits abgestimmter und genehmigter Projekte im Hochwasserschutz informiert.

In Graz sind naturgemäß besonders viele Menschen betroffen, wenn beim Hochwasserschutz Kürzungen vorgenommen werden, wie bei zwei Projekten in von Hochwasser am meisten betroffenen Stadtgebieten. Während die Stadt Graz beim Hochwasserschutz weiterhin zu ihrem Wort steht, sollen angeblich von Landeseite die beiden am weitesten gediehenen Projekte nach hinten geschoben werden:

- Der Ausbau des Rückhaltebeckens Thalersee sollte eigentlich im Frühjahr 2026 gestartet werden, wird aber von Landeseite in diesem Jahr gestrichen.
- Beim Petersbach, 4. Bauabschnitt Oberlauf (Behördenverfahren vor Abschluss), scheint für diese Gesetzgebungsperiode überhaupt die Stopptaste gedrückt worden zu sein.

In einer ersten Stellungnahme dementiert Landesrätin Schmiedtbauer die Streichungen beim Hochwasserschutz in Graz nicht (kleinezeitung.at, [Zentrale Schutzprojekte werden auf unbestimmte Zeit verschoben](#), 03.02.2026).

Im Hochwasserschutz sind Kürzungen abzulehnen. Man kann nicht gleichzeitig Maßnahmen gegen den Klimawandel und Maßnahmen für die Klimawandelanpassung zurückfahren. Die Menschen in unserem Bundesland müssen vor den stets zunehmenden Extremwetterereignissen geschützt werden. Abgesehen von der volkswirtschaftlichen Fehlentscheidung aufgrund zu erwartender Folgekosten bestehen Gefahren für Leib und Leben sowie für Güter und Sachwerte. Die Landesregierung darf daher den Hochwasserschutz nicht relativieren und soll die mit der Stadt Graz vereinbarten Projekte ohne Aufschub umsetzen.

Es wird folgende

Anfrage

gestellt:

Werden Sie die beiden wichtigen Hochwasserschutzprojekte in Graz (Rückhaltebecken Thalersee, Petersbach, 4. Bauabschnitt Oberlauf) wie vereinbart ohne Aufschub umsetzen?

Unterschrift(en):

LTAvg. Sandra Krautwaschl (Grüne)